MU-News

Juli 2021

Grußwort des Landesvorsitzenden

Sehr geehrte Mitglieder, liebe Mitstreiter,

es sind nur noch wenige Wochen bis zur Bundestagswahl. Wie selten zuvor ist das Ergebnis dieses Mal völlig offen. Es geht sowohl um Personen als auch um die besseren Ideen und Inhalte. Im Gegensatz zu Frau Baerbock verfügt unser Kanzlerkandidat Armin Laschet über eine langjährige politische Erfahrung in verschiedenen Positionen und regiert mit Nordrhein-Westfalen erfolgreich das bevölkerungsreichste Bundesland. In Kloster Seeon kam jüngst die CSU-Landesgruppe zu ihrer Klausurtagung zusammen. Die Ergebnisse können sich sehen lassen! Die 15 Punkte des Beschlusspapiers überzeugen, sind für jeden verständlich formuliert und zeigen eine eigene bayerische Handschrift. Jetzt geht es darum, für eine bürgerlich-liberale Mehrheit zu kämpfen. Denn nur mit einer solchen Koalition werden wir die Zukunft unseres Landes gestalten können.

Entscheidend wird also sein, welche Regierungskoalition wir nach dem 26. September bekommen und was letztlich in einem Koalitionsvertrag stehen wird. Die MU wird sich bei Koalitionsverhandlungen mit Nachdruck für die Belange unserer klein- und mittelständischen Betriebe einsetzen. Der Mittelstand ist Rückgrat und Herz unserer Sozialen Marktwirtschaft. Davon darf aber nicht immer nur in Sonntagsreden die Rede sein, sondern dafür bedarf es endlich auch einer mittelstandsfreundlichen Wirtschaftspolitik, die Kräfte entfalten lässt und das kreative Potential in unserem Land nicht unnötig hemmt. Dafür lassen Sie uns gemeinsam kämpfen!

Franz Josef Pschierer, MdL
Staatsminister a.D.

Terminplanung für das Jahr 2021:

27. August 2021, ab 18:00 Uhr: MU-Sommerempfang in Aholming

03. und 04. September 2021: MIT-Bundesvorstandsklausur in Nauen (bei Berlin)

10. und 11. September 2021: CSU-Parteitag in Nürnberg

26. September 2021: Bundestagswahl

08. Oktober 2021, 17:00-20:00 Uhr: Sitzung des Landesvorstands

06. November 2021: MU-Mittelstandstag in Rosenheim

10. und 11. Dezember 2021: Bundesmittelstandstag in Dresden

MU-News

Mittelstands-Union
CSU

Aus dem EU-Parlament

Grüne Transformation mittelstandsfreundlich gestalten

Europäische Kommission stellt „Fit-für-55-Paket" vor

Bereits bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um mindestens 55 Prozent sinken - bevor die EU dann 2050 klimaneutral ist. Nun gibt es die ersten konkreten Vorschläge der Kommission, wie diese Ziele erreicht werden sollen.

Gerade für energieintensive mittelständische Betriebe und Branchen ist die Planungs- und Investitionssicherheit zukunftsentscheidend. Das vorgestellte Fit-für-55-Paket darf deshalb nicht dazu führen, dass Regelungen weiter fragmentiert werden und mittelständischen Betrieben durch immer neue Vorgaben und Verbote der wettbewerbstaugliche Nährboden entzogen wird.

Deshalb ist ein kohärenter Rahmen wichtig, welcher sich mit dem deutschen Klimapaket kompatibel zeigt und nicht zu Doppelbelastungen bei Bürgerinnen, Bürgern und Betrieben führt. So braucht es für den Mittelstand beispielsweise eine für alle Mitgliedstaaten verbindlich anzuwendende Kleinemittentenregelung ebenso wie praktikable Schwellenwerte bei Eigenerzeugungsanlagen.

Auch müssen wir schon heute perspektivisch auf die anstehende Revision der Umweltbeihilfeleitlinien blicken, die im Kontext des Fit-für-55-Pakets und des Green Deal zu betrachten ist. Wenn 75% der Industrien vor der Liste der förderfähigen Sektoren gestrichen werden sollen, lässt das Maß, Mitte und Weitsicht vermissen. Auch hier werden wir bei den anstehenden Verhandlungen frühzeitig ansetzten, damit der Mittelstand nicht Übergebühr belastet und um zukunftsentscheidende Beihilfen gebracht wird.

Abgasnormen

Insbesondere für den Verkehrssektor stehen viele Neuerungen an: Neue CO2-Flottenziele, eine Überarbeitung des Emissionshandelssystems, Vorgaben zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe sowie die Revision der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie und der Energiesteuerrichtlinie. Klar ist: Strengere Abgasnormen für Fahrzeuge könnten für kleine Handwerks- und Industriebetriebe hohe Folgekosten nach sich ziehen und Investitionen in neue Nutzfahrzeugen nötig machen. Deshalb brauchen wir auch hier adäquate Regelungen und Beratungsangebote, die den Mittelstand nachhaltig entlasten und unverhältnismäßige Mehrbelastungen unterbinden. Darüber hinaus muss in der energieintensiven zweiten Wertschöpfungskette darauf geachtet werden, dass das Klima-Dutzend dem Mittelstand nicht die Wettbewerbsfähigkeit kostet.

CO2-Bepreisung: Deutschland steht vor Herausforderung

In Deutschland zahlt der Autofahrer bereits drei Mal für jedes Gramm CO2, das ausgestoßen wird: über den nationalen Emissionshandel, die Energiesteuer und die nach CO2-Ausstoß gestaffelte KFZ-Steuer. Es wird für Deutschland essentiell sein, die europäischen und deutschen Maßnahmen zusammenzuführen, statt einfach zu addieren. Da gehört das Streichen der einen oder anderen überholten Maßnahme dazu.

Die Arbeit geht jetzt erst richtig los: Als Parlamentskreis Mittelstand werden wir im Europäischen Parlament genau darauf achten, die Transformation mittelstandsfreundlich zu gestalten. Denn wer den Mittelstand gefährdet, erweist der grünen Transformationen am Ende des Tages einen Bärendienst.

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Schreiben Sie mir: info@markus-ferber.de

Ihr Markus Ferber, MdEP

MU-News

Mittelstands-Union
CSU

Aus dem Deutschen Bundestag

Thema „Ladeinfrastruktur"

Zukunftsfähige und klimafreundliche Mobilität erfordert innovative alternative Antriebe und Kraftstoffe, die für die Nutzerinnen und Nutzer bequem verfügbar sind. In der 19. Legislaturperiode haben wir in den Bereichen alternative Antriebe, Wasserstoff und Elektromobilität schon viel erreicht. Dazu zwei Beispiele:

Mit einem neuen Förderprogramm, in dem u.a. natürliche Personen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vom 12. April bis zum 31. Dezember 2021 Anträge stellen können, wird der Aufbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur gefördert. Insbesondere der Einzelhandel sowie das Hotel- und Gastgewerbe sind dazu aufgerufen, von diesem Förderprogramm zu profitieren. Es verfolgt das Ziel, den Aufbau von Ladestationen an attraktiven Alltags-Standorten, wie bspw. Supermärkte, Restaurants und Hotels, zu beschleunigen. Das Förderprogramm hat ein Volumen von 300 Mio. Euro und ermöglicht einen Zuschuss von bis zu 80 % der Investitionskosten. Im Rahmen dieses Förderprogramms erhalten die durch die Corona-Pandemie besonders betroffenen KMU die Möglichkeit, Ladepunkte günstig aufzubauen und ihre Attraktivität für Kundinnen und Kunden zu steigern. Dies ist gerade auch im ländlichen Raum bedeutsam, denn dort stehen oft viele Stellplätze zur Verfügung, was die Errichtung von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur besonders attraktiv macht.

Im Mai 2021 wurde das „Gesetz über die Bereitstellung flächendeckender Schnellladeinfrastruktur für reine Batterieelektrofahrzeuge (Schnellladegesetz)" im Deutschen Bundestag beschlossen. Damit wurde die Grundlage zum Aufbau eines öffentlichen Schnellladenetzes mit 1.000 Standorten in Deutschland geschaffen. Das Gesetz beruht auf dem Masterplan Ladeinfrastruktur und soll den Aufbau von 50.000 weiteren öffentlichen Ladepunkten mit hohen Ladeleistungen anschieben.

Angesichts der sich abzeichnenden deutlichen Zunahme der Anzahl batterieelektrischer Fahrzeuge ist die zeitnahe deutschlandweite Verfügbarkeit geeigneter Ladepunkte Grundvoraussetzung für Kaufentscheidungen, die für die Energie- und Antriebswende im Automobilbereich erforderlich sind. Die Absicherung entsprechender Innovationen soll zugleich die Erholung der Wirtschaft vorantreiben und langfristig die Rolle des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Deutschland im Bereich der Elektromobilität sichern. Vor diesem Hintergrund wurden die Haushaltsmittel bis 2024 im Energie- und Klimafonds bereitgestellt.

Ihr

Alois Rainer, MdB
Verkehrspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

MU-News

Mittelstands-Union
CSU

Aus dem Bayerischen Landtag

Bayerischer Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine unserer drängendsten Fragen ist derzeit, wie wir die Energiewende weiter vorantreiben und unsere Klimaschutzziele erreichen können. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Eine CO2-Steuer im nationalen Alleingang führt zu schweren sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen und trifft vor allem Mieter, Pendler, kleine Familienbetriebe und Menschen mit geringen Einkommen in Deutschland. Insbesondere Menschen und Unternehmen, gerade im ländlichen Bereich, würden am Ende draufzahlen. Deshalb lehnen wir als CSU-Landtagsfraktion eine CO2-Steuer ab. Steuerliche Entlastungen und Anreize zur CO2-Vermeidung sind der richtige Weg. Zudem setzt sich die CSU-Landtagsfraktion für die Ausweitung des europäischen Emissionshandels ein und unterstützt Initiativen des Bundes für eine international koordinierte Einführung eines CO2-Preises.

Um die Energiewende voranzutreiben und die Klimaschutzziele zu erreichen, besteht dringender Handlungsbedarf. Im Vordergrund muss jedoch ein besonnenes und ordnungspolitisch stimmiges Anreizsystem zur CO2-Reduzierung stehen. Ein Baustein kann auch eine angemessene und aufkommensneutrale CO2-Bepreisung sein. Diese müsste jedoch global ausgerichtet sein, zumindest auf G20-Ebene.

Deutschland braucht ein energie- und klimapolitisches Gesamtkonzept, das nicht die Ideologie in den Vordergrund stellt, sondern Ökonomie und Ökologie vereint – und dabei die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Deutschland berücksichtigt. Technologieoffenheit ist hierfür Grundvoraussetzung. Es sei bereits heute festzustellen, dass schon jetzt eine schleichende Deindustrialisierung aufgrund der teuersten Stromkosten in Europa und einer immer fragiler werden Versorgungssicherheit stattfindet. Jeder will das Klima schützen, aber mit einer ideologischen Darstellung der Dinge wird unsere Gesellschaft in ‚arm und reich', ‚Stadt und Land' und in ‚Gut und Böse' gespalten – so erreicht man mit Sicherheit keine Klimaziele, ganz im Gegenteil.

Einen weiteren wichtigen Schritt hat die CSU-Landtagsfraktion in Sachen Bürokratieabbau für Arbeitgeber getätigt. Schickt ein Arbeitgeber einen Mitarbeiter innerhalb der EU auf Geschäftsreise, muss er dafür eine sogenannte A1-Bescheinigung beantragen. Sie gilt als Nachweis, dass der Arbeitnehmer den deutschen Sozialversicherungsvorschriften unterliegt. Die A1-Bescheinigung muss auch bei Dienstreisen ins Ausland mitgeführt werden, selbst wenn sie nur wenige Minuten dauern. Mit unserem Antrag setzten wir uns dafür ein, dass dies für normale Dienstreisen geändert und damit Unternehmer und Beschäftigte von Bürokratie entlastet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Sandro Kirchner, MdL

Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

MU-News

Information der Landesgeschäftsstelle: Verbandsinterne Durchwahlen 2021

Sehr geehrte Mitglieder,

Aufgrund der pandemischen Lage war es uns nicht möglich, unsere Durchwahlen in der Mittelstands-Union wie gewohnt durchzuführen. Die Corona-Gesetzgebung erlaubte es uns, die Wahlen nach hinten zu verschieben. Nun wollen wir jedoch wieder in den regulären Rhythmus zurückfinden.

Deswegen wurden folgende Wahlkorridore für die Wahlperiode 2020-2022 beschlossen:

- Die Kreisverbände wählen bis Ende August 2021.
- Die Bezirksverbände wählen bis Mitte Oktober 2021.
- Der Landesverband wählt am 6. November 2021 in Rosenheim.

Aufgrund der Regelungen der Geschäftsordnung muss im kommenden Jahr für die Wahlperiode 2022-2024 erneut gewählt werden. Die Wahlkorridore hierzu werden Ende des Jahres beschlossen und sollen sich an den bislang üblichen Zeiträumen orientieren.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Gropp
Landesgeschäftsführer

Pressemeldungen aus den Fraktionen:

Europäisches Parlament:

- Ferber/Seekatz: Anti-Geldwäsche-Paket war längst überfällig
- Niebler: Ein Schengen für Daten schaffen
- Schwab: Verbraucherkredit-Richtlinie muss vereinfacht werden

Deutscher Bundestag:

- Seeon 21: Eine neue Zeit, eine neue Balance
- Nur wer Liquidität hat, kann auch in die Zukunft investieren
- Überbietungswettbewerb auf dem Rücken der Bauern

Bayerischer Landtag:

- Wohnungsbau: CSU-Fraktion will Baulandmobilisierungsgesetz im Bundesrat stoppen
- Wasserstoff: CSU-Fraktion will Versorgungs-Infrastruktur ausbauen

Impressum:
Herausgeber: Mittelstands-Union, Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Sozialen Union e.V.
Vertreten durch den Landesgeschäftsführer Dipl. sc. pol. univ. Alexander Gropp
CSU-Landesleitung
Mies-van-der-Rohe Str. 1, 80807 München
mu-news@mu-bayern.de
www.mu-bayern.de
www.facebook.com/mittelstandsunion
Tel.: 089/1243 263